

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring

Abg. Katharina Schulze

Abg. Sandro Kirchner

Abg. Gerd Mannes

Abg. Johann Häusler

Abg. Florian von Brunn

Abg. Albert Duin

Abg. Dr. Martin Huber

Abg. Ludwig Hartmann

Abg. Benjamin Miskowitsch

Abg. Barbara Fuchs

Staatsminister Hubert Aiwanger

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Ich rufe nun den **Tagesordnungspunkt 1** auf:

Aktuelle Stunde gem. § 65 BayLTGeschO auf Vorschlag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

"Eine klimaneutrale Industrie sichert Bayerns Wohlstand - Transformation jetzt!"

Sie kennen das Prozedere: Es gibt grundsätzlich 5 Minuten Redezeit pro Rednerin und Redner oder 10 Minuten für einen Redner einer Fraktion. Die fraktionslosen Kollegen können je 2 Minuten reden. – Erste Rednerin ist die Fraktionsvorsitzende von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Katharina Schulze.

Katharina Schulze (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Moment beschäftigt uns alle die Bekämpfung der Corona-Pandemie. Wir wünschen, wir hoffen, wir arbeiten dafür, dass sie schnell zu Ende geht. Das ist gut für uns alle, und das ist auch gut für unsere Unternehmen; denn kluge Pandemiepolitik ist immer auch kluge Wirtschaftspolitik, weil sie hilft, unsere Unternehmen gut und sicher durch diese Pandemie zu bringen.

Aber Politik muss sich auch mit den langen Linien beschäftigen. Das ist in der Wirtschaftspolitik die sozial-ökologische Transformation hin zum klimaneutralen Wirtschaften für unseren Wohlstand im Land. Ich bin viel unterwegs und besuche Unternehmen. Wenn ich mit den Industrievertreterinnen und Industrievertretern spreche, dann frage ich immer: Was erwarten Sie denn von der Politik?

Vier Punkte werden mir eigentlich immer genannt – egal, ob ich mit der Chemieindustrie spreche, mit der Automobilindustrie, mit einem Start-up oder mit Handwerkerinnen und Handwerkern. Es kommt immer: Wir brauchen eine moderne digitale Infrastruktur. Wir brauchen Investitionssicherheit durch verlässliche politische Rahmenbedingungen. Wir brauchen genug Fachkräfte, und wir brauchen eine sichere und bezahlbare Energieversorgung.

Eine Sache nennen die Unternehmerinnen und Unternehmer nie. Sie sagen nie: Alles soll so bleiben, wie es ist, eben kein "Business as usual"; denn um auch in zehn Jahren erfolgreich zu sein, müssen sich die Unternehmen verändern und weiterentwickeln. Das, Kolleginnen und Kollegen, wissen die Vertreterinnen und Vertreter der Industrie, und das wissen wir GRÜNE.

Bei Ihnen, lieber Söder-Regierung, habe ich immer das Gefühl, dass Sie sich auf den Erfolgen von gestern ausruhen. Aber die Wirtschaftswelt wird gerade neu vermessen. Da dürfen wir nicht naiv oder arrogant sein und glauben, dass es irgendwie schon werden wird. "Irgendwie" reicht nämlich nicht. Wir müssen als Politik den Ordnungsrahmen vorgeben, in dem die Unternehmen die besten Ideen entwickeln können: eine sozial-ökologische Marktwirtschaft und den Umbau zur Klimaneutralität.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich fange jetzt gleich mal mit dem ersten Thema an, der sicheren und bezahlbaren Energieversorgung. Wenn ich mit Unternehmerinnen und Unternehmern spreche, dann höre ich im Moment ständig die Sorge vor steigenden Energiepreisen und Inflationsentwicklung. Dagegen müssen wir kurzfristig etwas tun, wie zum Beispiel die EEG-Umlage senken, wie das die Ampel-Regierung in Berlin auch vorhat.

Aber, Kolleginnen und Kollegen, für sichere und bezahlbare Energie ist doch das Wichtigste, dass wir langfristig verlässlich günstigen und bezahlbaren Strom haben, gerade hier bei uns im Süden, wo wir so viel Energie brauchen, zum Beispiel für die Produktion.

Jetzt schaue ich schon Sie an, Herr Aiwanger und auch Herr Söder: Anstatt sich in die gemeinsame Kraftanstrengung der 16 Bundesländer zu werfen und gemeinsam 100 % erneuerbare Energien erreichen zu wollen, beharrt Markus Söder auf der 10-H-Regelung, als wäre sie eine heilige Kuh. Dabei ist es energiepolitisch, wirtschaftspolitisch und klimapolitisch einfach nur dumm, den Ausbau der Windkraft in Bayern zu blockieren. 10 H muss weg!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir müssen die Windkraft ausbauen. Wir müssen die Solarenergie ausbauen. Wir müssen auch die Stromleitungen ausbauen; Herr Aiwanger, da schaue ich besonders Sie an: Es geht nicht, im Bierzelt gegen Stromleitungen zu wettern und vor der IHK wieder forsch für Stromleitungen zu reden. Es braucht einen verlässlichen infrastrukturellen Rahmen; dazu gehört auch der Leitungsausbau.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Beim Leitungsausbau geht es auch um die dringend benötigten Wasserstoffleitungen, zum Beispiel ins Chemiedreieck im bayerischen Südosten. Für energieintensive Produktionsprozesse bringt grüner Wasserstoff einen echten Mehrwert. Unsere grüne Wasserstoffpolitik heißt deswegen "Industry first" statt Wasserstofftankstellen an jeder Milchkanne; dort sollte es viel eher E-Ladesäulen geben.

Neben dem Ausbau der erneuerbaren Energien braucht es in Bayern endlich auch einen Quantensprung bei der Digitalisierung. Wenn sich mehr als die Hälfte der Unternehmen durch die mangelhafte Netzqualität beeinträchtigt fühlt, kann die Söder-Regierung nicht sagen: Hier in Bayern ist bei der Digitalisierung alles tiptopp. Man muss ganz klar sagen, dass die CSU während ihrer Zuständigkeit hier im Land und früher auch im Bund ihren Job beim Ausbau der Netzinfrastruktur für eine umfangreiche Digitalisierung nicht richtig gemacht hat.

Gigabitnetze sind für einen Hightechstandort wie Bayern unverzichtbar. Glasfaser, 5G und 6G sind weltweit State of the Art. Wir wollen deshalb über Glasfaserprämien einen zusätzlichen Anreiz schaffen. Für schnelle Baugenehmigungsverfahren im Mobilfunknetz wollen wir für den Bau von Mobilfunkmasten bei der Genehmigungsfreistellung eine Anhebung der Höchstgrenze für Verfahrensfreiheit. Für eine schnelle verbesserte Versorgung wollen wir Local Roaming einführen, um die Nutzung eines anderen vor Ort verfügbaren Netzanbieters zu ermöglichen.

Der Netzausbau stellt aber nur die Basics für die Digitalisierung dar. Wir sind ja schon viel weiter und reden über künstliche Intelligenz, Quantencomputing und Datenökonomie; dahin muss die Reise gehen. Dafür muss die Regierung die passenden Rahmenbedingungen bereitstellen. In Bayern sind Unternehmen aber schon dankbar, wenn es endlich eine Schnittstelle zum örtlichen Gesundheitsamt gibt und sie die Daten nicht mehr faxen müssen, wie ich erst letzte Woche beim Besuch eines PCR-Labors erfahren habe. – Ich kann also nur zusammenfassen: Anstatt über Leberkäse und Labour zu schwadronieren, müssen Sie bei der Digitalisierung dringend schneller werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Natürlich ist uns GRÜNEN klar, dass die beste Infrastruktur wenig nutzt, wenn es weiter an Fachkräften fehlt; denn sie sind das Rückgrat jedes wirtschaftlichen Erfolges. Ich bin deswegen sehr froh, dass die Ampel in Berlin das Einwanderungsrecht weiterentwickelt; denn Deutschland – und auch Bayern – ist ein Einwanderungsland. Es müssen aber auch dringend die Hürden bei der Anerkennung von Bildungs- und Berufsabschlüssen aus dem Ausland abgesenkt werden.

Wir können also festhalten: Damit unsere Industrie, damit unsere Wirtschaft weiter so florieren können, damit sie sich modernisieren und aufstellen können, um auch noch in den nächsten 20 Jahren ganz vorne mit dabei zu sein, ist es unsere politische Verantwortung, für die richtigen Rahmenbedingungen zu sorgen. Wir Politikerinnen und Politiker sind nicht dafür da, die besten Ideen zu generieren; das können die Unternehmerinnen und Unternehmer selbst. Wir sind dafür da, für sie die Richtlinien und die gesetzlichen Voraussetzungen zu schaffen, damit Kreativität und Ideen sprudeln können. Dazu gehören eine gescheite Infrastruktur, von der guten Energieversorgung über den digitalen Ausbau bis hin zu genug Fachkräften, natürlich eine Infrastruktur für gute Kinderbetreuung, damit Familie und Beruf vereinbar sind, Datenökonomie sowie der Blick auf einen starken europäischen Binnenmarkt. Das ist unser Job hier im Hohen Haus.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Von der Söder-Regierung höre ich immer viele schöne warme Worte, tolle Sprüche für das Poesiealbum, aber wenn man genauer hinschaut, sind Sie doch diejenigen, die blockieren. Die FREIEN WÄHLER blockieren die Stromleitungen. Herr Söder blockiert durch 10 H. Das ist nicht verlässlich und bedeutet keine Planbarkeit; unsere Unternehmen brauchen aber Verlässlichkeit und Planbarkeit. Deswegen sind wir GRÜNE davon überzeugt: In der bayerischen Wirtschaft stecken so viel Innovationsgeist und Veränderungsbereitschaft. Das sind die Kernzutaten des bayerischen Erfolgsrezepts; denn der Fortschrittswille hat bei uns Tradition.

Mit Blick auf die Zukunft heißt das also: Wirtschaftliche Marktführerschaft und bayerischen Wohlstand gibt es nur klimaneutral. Es gilt also, Investitionsstau aufzulösen, Innovationen zu fördern, statt zu bremsen,

(Zuruf)

Risiken abzusichern, anstelle von Bedenkenträgerei den Mut zu belohnen, statt Business as usual zu machen. Das alles müssen wir für den Umbau hin zur klimaneutralen Wirtschaft bereitstellen. Bevor der nächste Redner gleich wieder sagt "Mein Gott, was kostet uns das dann alles", möchte ich Ihnen zurufen: Auf Klimaschutz zu verzichten, kostet uns am Ende mehr. Wenn wir den Wohlstand in unserem Land bewahren wollen, geht das nur mit einem klimaneutralen Umbau aller Bereiche und damit auch der Wirtschaft.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Nächster Redner ist der Kollege Sandro Kirchner von der CSU-Fraktion. Herr Kirchner, Sie haben das Wort.

Sandro Kirchner (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich denke, wir sind uns im Hohen Haus sehr einig, dass Klimaschutz die zentrale Herausforderung unserer Zeit ist und dass damit natürlich auch die Verantwortung für

zukünftige Generationen verbunden ist, für die wir Sorge tragen müssen. Deutschland und der Freistaat Bayern haben sich hier committed: Ziel ist es tatsächlich, bis zum Jahr 2040 die Klimaneutralität abzubilden.

Es ist ganz klar, dass Bayern ein Industriestandort, ein Wirtschaftsstandort und ein Exportland ist, das im Wettbewerb steht. Bei Ihrer Rede war ich etwas irritiert, Frau Kollegin, und habe noch einmal auf die Tafel geschaut, denn Thema war: "Eine klimaneutrale Industrie sichert Bayerns Wohlstand – Transformation jetzt!" Ich habe aber wenige Ideen oder Anreize gehört, die zu diesem Thema gepasst hätten.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Zuruf: Kein Wort zur Transformation!)

Weil unsere Wirtschaft im Hohen Haus in der Vergangenheit gerade von Ihrer Seite aus immer wieder an den Pranger gestellt worden ist, möchte ich an dieser Stelle meine Anerkennung dafür aussprechen, dass gerade unsere Wirtschaft und unsere Industrie in den zurückliegenden Jahren sehr viel zum Klimaschutz beigetragen haben, indem unsere Wirtschaft über ein Drittel an CO₂-Emissionen schon abgebaut hat und damit ihrem Auftrag nachgekommen ist. Während wir heute diskutieren, hat die Wirtschaft schon wieder die neuen Herausforderungen angenommen und stellt sich dem Klimaschutz. Deswegen mein Lob an die Wirtschaft, dass sie die Ziele, die wir hier formulieren, aktiv unterstützt.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Um die Ziele aber zu erreichen, ist ein Transformationsprozess erforderlich. Dabei sind natürlich alle Ebenen eingebunden: zuerst die Europäische Union, die durch die Gesetzgebung Rahmenbedingungen setzt, der Bund, der die Dinge übergeordnet weiterleitet, natürlich die Länder und insbesondere der Freistaat Bayern. Es bildet sich ein Dreieck aus EU, Bund, den Ländern bzw. dem Freistaat Bayern, das sich aber global ausrichten muss, weil wir auf dieser Welt eben nicht alleine sind und im Wettbewerb stehen.

Am Ende dieser Transformation muss es gelungen sein, dass wir unsere Klimaziele umgesetzt haben, ohne unsere Unternehmen aus dem Land zu vertreiben. Wir müssen einen starken internationalen Standort abbilden, damit der Wirtschaftsstandort Bayern erhalten bleibt. Frau Schulze ist jetzt leider weg; ich hätte sie gerne in meine Rede eingebunden. Wir unterscheiden uns ganz klar von den GRÜNEN; denn wir wollen keine Ideologie, wir wollen keine Verbote, wir wollen keine Gängelung, und wir wollen auch keine Bevormundung. Das hat keinen Platz in unserer Idee von der sozialen Marktwirtschaft.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

– Danke.

Bei uns steht das Grundprinzip der Wettbewerbsfähigkeit und des nachhaltigen Wirtschaftens im Vordergrund. Ökologische, ökonomische und soziale Aspekte sollen nach unseren Vorstellungen im Gleichgewicht sein. Die CSU-Fraktion ist zusammen mit den FREIEN WÄHLERN eine verlässliche Partnerin für unsere Wirtschaft und nicht ihre Gegnerin. Wir unterstützen die Wirtschaft beim Umbau zu einer klimaneutralen Wirtschaft, die wettbewerbsfähig ist. Experten aus der Wirtschaft sowie aus den verschiedenen Verbänden sind sich einig, dass technologische Innovationen der Schlüssel für dieses Anliegen sind.

Sie haben angesprochen, dass Corona das Thema dominiert, aber der Freistaat Bayern macht parallel dazu genau die Hausaufgaben, die notwendig sind, um diese Ziele zu erreichen. Falls es Ihnen entgangen ist: Wir haben eine Hightech Agenda und eine beschleunigte Hightech Agenda Plus, in denen genau diese Themen integriert sind: Die künstliche Intelligenz und vor allem der Schwerpunkt CleanTech, der mit neuen Technologien zur Energieeffizienz aufwartet, Speichertechnologien beinhaltet und eine Kreislaufwirtschaft inszeniert, um zum Beispiel CO₂ zu recyceln, aber auch den Bereich Kunststoffrecycling beinhaltet. Bei der Generierung neuer Energiequellen sind synthetische Kraftstoffe im Fokus. Natürlich ist auch eine eigene bayerische Wasser-

stoffstrategie vorgesehen – ein Kompliment auch an Staatssekretär Weigert, der zusammen mit Kolleginnen und Kollegen sehr darum bemüht ist, dass uns in der Zukunft Wasserstoff zur Verfügung steht.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, das ist innovativer Klimaschutz. Dies fördert Wertschöpfung und sichert am Ende des Tages unseren Wohlstand.

Deswegen fordern wir und sind wir als Freistaat Bayern bemüht, aber natürlich auf den Bund angewiesen, dass die Unterstützung der Unternehmen bei F&E forciert wird, dass dort gefördert wird und dass natürlich auch die steuerlichen Bedingungen verändert werden können. Frau Schulze, da sind Sie ganz nahe dran, um diese Dinge zu verändern. Das ist gut investiertes Geld. Es geht um Förderung generell. Klar: Die EU und der Bund fördern an dieser Stelle, aber auch wir als Freistaat Bayern flankieren die Unternehmen. Für diese Transformation sind allein bis 2030 über 50 Milliarden Euro an zusätzlichen Investitionen für unsere Unternehmen vonnöten. Die Unternehmen werden dies nicht alleine schaffen können. Daher müssen wir sie entsprechend flankieren. Es müssen auch Kredite verfügbar gemacht werden. Wir müssen auch die Ideologie zurückstellen, damit diese Kredite über Sustainable Finance zur Verfügung stehen und Nachhaltigkeit nicht falsch interpretiert wird und nicht ganze Branchen, wie bei uns in Bayern die Luft- und Raumfahrt, ins Abseits gestellt werden.

Da geht es aber auch ganz klar – das haben Sie angesprochen – um die Infrastruktur, um eine bezahlbare, sichere Stromversorgung. Ihnen fällt dazu nichts Besseres ein als 10 H. Wir haben heute noch einen Dringlichkeitsantrag auf der Tagesordnung, mit dem wir intensiv auf das Thema Energie eingehen und mit dem wir die GRÜNEN, die SPD und auch die FDP auf der Bundesebene fordern werden; denn dort befinden sich die Stellschrauben, an denen gedreht werden muss.

Es geht aber auch um die Energieversorgung. Sie lehnen immer die Verwendung von Erdgas ab. Erdgas ist heute aber eine ganz wichtige Brückentechnologie, die in Zu-

kunft durch Wasserstoff substituiert werden wird. Da geht es darum, tatsächlich ganz schnell an das Backbone angeschlossen zu werden. Sie können sich dafür einsetzen, dass Bayern dabei nicht benachteiligt wird. Es geht aber auch darum, werte Staatsregierung, eine Redundanz aufzubauen und vielleicht über den Hafen von Triest zu versuchen, von Süden her einen Bypass zu schaffen.

Es geht auch darum, Ideologie auszuschalten. Solange wir hier keinen grünen Wasserstoff verfügbar haben – dieser wird von heute auf morgen nicht in ausreichender Menge verfügbar sein –, müssen unsere Unternehmen, die zukünftig Wasserstoff in ihren klimaneutralen Produktionen und Prozessen einsetzen wollen, den Wasserstoff auch zur Verfügung haben. Zumindest müssen wir türkisen Wasserstoff zur Verfügung stellen und auch perspektivisch darüber nachdenken, ob es andere Optionen gibt. Staatssekretär Weigert hat hier im Haus ja auch den roten Wasserstoff schon angesprochen.

Technologieoffenheit ist das A und O. Ohne Technologieoffenheit funktioniert es nicht. Das predigen wir in der Mobilität. Das sehen wir auch, wenn es Fehlentwicklungen gibt, wenn es Einschränkungen gibt. Das vertreten wir auch beim Fliegen. Sie wollen das Fliegen verbieten. Wir sagen: Nein, entwickelt neue Technologien, um einen klimaneutralen Flugverkehr aufrechtzuerhalten und damit unseren Wirtschaftsstandort und die Wirtschaft zu fördern.

Unsere Aufgabe hier im Hohen Haus ist es auch, unsere Wirtschaft zu schützen. Das Thema Taxonomie geistert momentan durch alle Ebenen und Talkshows. In erster Linie geht es natürlich auch darum, Bürokratie gerade für unsere kleinen und mittelständischen Unternehmen abzubauen, die mit einer Berichts- und Offenlegungspflicht konfrontiert werden. Es darf kein pauschaler Ausschluss ganzer Branchen stattfinden. Es geht um die Sicherheits- und Verteidigungsindustrie, um die Nachhaltigkeit der Luft- und Raumfahrt, die ich schon angesprochen habe. Dadurch werden Schlüsseltechnologien und Wirtschaftsfaktoren, die wir in Bayern haben, aber infrage gestellt werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Natürlich geht es auch um die Gefährdung der Finanzstabilität dadurch, dass vielleicht auf einmal aufgrund irgendwelcher Ideen Lenkungsinstrumente falsch interpretiert und ausgenutzt werden.

Es geht aber auch darum, die Flucht zu verhindern, zu verhindern, dass Unternehmen aufgrund der falschen Rahmenbedingungen, die wir setzen, der falschen Wettbewerbssituation unser Land verlassen. Damit würde man der Menschheit einen Bären-dienst erweisen, weil diese Unternehmen an anderen Standorten viel CO₂-intensiver produzieren und damit dem Weltklima mehr schaden würden als bei uns.

Ich bin auch sehr kritisch, was das Thema Grenzzölle betrifft. Das ist ein sehr theoretisches Thema. Es wird gesagt: Ich bin in einer Blase, Binnenmarkt EU, und da kann ich die Dinge so regeln, wie ich will, und wer von außen kommt, dem patsche ich eine drauf in Form eines Zolls. Bayern ist Exportland. Jede Aktion führt auch zu einer Reaktion. Das kann bedeuten, dass diese Zölle, die vielleicht aus ideologischen, klimatechnischen Gründen zu rechtfertigen sein mögen, dazu führen, dass die bayerische Wirtschaft nachhaltig geschädigt wird und das Nachsehen hat. Deshalb die Forderung an die Staatsregierung, ganz klar aufzupassen, was der Green Deal oder das Thema "Fit for 55" in sich birgt. Wir müssen aktiv versuchen, uns in die EU-Gesetzgebung einzubringen und die Dinge so hinzubekommen, dass auf der einen Seite die Klimaziele erreicht werden, auf der anderen Seite aber der bayerischen Wirtschaft kein Schaden entsteht.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Ich komme zum Schluss. Ich musste ein wenig schmunzeln: Gestern habe ich die Zeitschrift "Erneuerbare Energien" durchgeblättert und dort ein Bild von Annalena Baerbock gesehen, auf dem sie zwei Steintafeln in den Händen hält. Ich will das Thema an dieser Stelle nicht missbrauchen. In dem Text, der sich unter dem Bild befindet, steht: Das Gebot der Stunde aber ist der kreative Wettbewerb um die besten Ideen.

Dafür braucht es Raum für Freiheit und Verantwortung. Das ist der Kern der sozialen Marktwirtschaft. Verbote haben uns noch nie in das gelobte Land geleitet. – In diesem Sinne möchte ich dazu animieren, dass wir die Dinge technologieoffen und aktiv angehen und unserer Wirtschaft den Rücken stärken.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nächster Redner ist der Abgeordnete Gerd Mannes von der AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Gerd Mannes (AfD): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren! Die GRÜNEN schwurbeln mit einem Phrasenfeuerwerk von der großen Transformation und meinen damit eine sozialistische Planwirtschaft im grünen Gewand. Sie wollen in alle Lebens- und Wirtschaftsbereiche hineinregieren und verbergen ihre totalitäre Gesinnung unter dem Deckmantel des Klimaschutzes. Dabei schränken sie nicht nur die Freiheit der Gesellschaft ein, sondern fassen den Bürgern und Unternehmen auch ungeniert tief in den Geldbeutel.

Bereits heute müssen energiearme Haushalte bis zu 23 % ihres Einkommens für Energie ausgeben. Die sozialen Auswirkungen der Klimapolitik sind den Ökosozialisten völlig gleichgültig, ebenso die wirtschaftlichen Folgen. Die finanzielle Belastung unserer Wirtschaft durch die CO₂-Besteuerung beläuft sich heute auf etwa 59 Milliarden Euro jährlich. Die politisch gewollte Verteuerung der Energie verursacht eine Greenflation und macht unseren Bürgern und Unternehmen schwer zu schaffen. Das ist die Realität.

Diese Zahlen, meine Herren, beweisen, dass unser Wohlstand derzeit nicht durch eine klimaneutrale Industrie gesichert werden kann. Nein, Ihre Klimapolitik führt zu realen Wohlstandsverlusten.

Selbstverständlich sind Technologien gefragt, die Ressourcen bestmöglich einsparen und mit sogenannter CleanTech die Umwelt schonen. Den Erfolg dieser Technologien kann die Staatsregierung durch gute Standortbedingungen und Forschung und Entwicklung fördern, Herr Aiwanger. Eine nationale Wasserstoffindustrie könnte hierbei natürlich eine Rolle spielen, wenn sie sich wirtschaftlich behaupten kann. Darüber hinaus muss Bayern Standort für eine Halbleiterindustrie werden, um sich von asiatischen Lieferketten unabhängiger zu machen. Dies alles wäre industriepolitisch sinnvoll, aber leider arbeiten die Kartellparteien mit ihrer Dekarbonisierung auf das Gegenteil hin.

Jeder vernünftige Mensch weiß, dass explizit klimaneutrale Technologien international überhaupt keine Rolle spielen. Ernstzunehmende Abnehmer fragen auf dem Weltmarkt nicht danach, ob ein Produkt tatsächlich CO₂-neutral hergestellt wurde, von unseriösem Greenwashing abgesehen. Die grüne Transformation, wie Sie sie benannt haben, wird also wirtschaftspolitisch weder zu echter Wertschöpfung noch zu Produktivitätsgewinnen führen.

Hohe Strom- und Energiepreise sind dabei ein weiterer Wettbewerbsnachteil. Bereits heute hat Deutschland weltweit den zweithöchsten CO₂-Preis. Belastbare Studien schätzen die negativen Auswirkungen der erhöhten CO₂-Bepreisung auf unsere Wirtschaft auf bis zu 1,6 % des Bruttoinlandsproduktes. Diese Kostenfaktoren und der weitere Anstieg machen viele Industriezweige in Deutschland immer weniger wettbewerbsfähig. Eine Verteuerung der Produktionskosten in Deutschland schwächt unsere Wirtschaft sowohl im Inland als auch auf den Exportmärkten.

Kommen Sie mir jetzt nicht mit dem geplanten CO₂-Grenzausgleich. Dieser wird die deutsche Wirtschaft jährlich weitere Milliarden kosten. Sie sparen also mit diesem wirtschaftlichen Amoklauf kein einziges Gramm CO₂ ein. Die betroffenen Industrien – Herr Kirchner hat das schon angedeutet – wandern einfach ins Ausland ab und produzieren dort weiter. Die dirigistische Industriepolitik leitet auch einen beunruhigenden Prozess

der schleichenden Verstaatlichung der deutschen Wirtschaft ein. Damit legen Sie die Axt an Beschäftigung, Wohlstand und den sozialen Frieden in unserem Land. Sie, die Vertreter der grün lackierten sozialistischen Planwirtschaft, könnten als die Totengräber der deutschen Industrie in die Geschichte eingehen. Ihr sogenannter Wirtschaftsminister Habeck wird dabei den Leichenwagen fahren, und die FDP, Herr Hagen, fährt auf dem Beifahrersitz mit.

Wir, die AfD, stellen uns gegen Ihren totalitären, wohlstandsfeindlichen Kurs. Das kann ich Ihnen an dieser Stelle versprechen. Die Transformation der Industrie geschieht ohnehin marktgetrieben und passt sich technologieoffen immer wieder den Bedürfnissen von Industriekunden und Konsumenten an. Das ist der Kern der sozialen Marktwirtschaft, die uns in der Vergangenheit Erfolg und Wohlstand beschert hat.

Noch eines, weil es Frau Schulze angesprochen hat: Gute Bildungsstandards müssen in Bayern erhalten bleiben. Sie dürfen auf gar keinen Fall abgesenkt werden. Dieses Erfolgsmodell sollten wir von uns irrlichternden Ideologen nicht zerstören lassen.

(Lebhafter Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nächster Redner ist Herr Kollege Johann Häusler von der Fraktion der FREIEN WÄHLER. – Vielleicht warten Sie noch einen Moment, bis das Pult gereinigt worden ist. Ich möchte an dieser Stelle einen Dank an unsere Offiziantinnen und Offizianten aussprechen, die diese Arbeit immer für uns erledigen.

(Allgemeiner Beifall)

Herr Häusler, Sie haben das Wort.

Johann Häusler (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, Herr Staatsminister, verehrte Kolleginnen und Kollegen! "Eine klimaneutrale Industrie sichert Bayerns Wohlstand – Transformation jetzt!" – ich muss zugeben, das ist eine prägnante und vielversprechende Headline. Sie entspricht natürlich vollumfänglich dem Anspruch der GRÜNEN,

im Grunde nach eigentlich dem Anspruch von uns allen. Das ist überhaupt kein Problem. Die Frage, die dahinter steht, lautet aber: Wie können wir diesem Anspruch nicht nur verbal, sondern auch real gerecht werden? Das ist die große Frage. Die Herausforderung unserer Zeit lautet nämlich, Ökonomie und Ökologie miteinander in Einklang zu bringen, und zwar nachhaltig miteinander in Einklang zu bringen.

Unser Wohlstand, aber auch unser solidarisches Gemeinwesen basieren auf unserer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, liebe Kolleginnen und Kollegen. Im Besonderen basieren sie auf dem großen technologischen und wissenschaftlichen Know-how unserer bayerischen Industrie. Die Bayerische Staatsregierung und die sie tragenden Regierungsfractionen von CSU und FREIEN WÄHLERN haben in der Vergangenheit, aber insbesondere auch für die Zukunft die richtigen Weichen dafür gestellt und die entsprechenden Leitplanken gesetzt.

Bayern gehört zu den wirtschaftlich stärksten Regionen in Europa. Für sich genommen ist Bayern die siebtstärkste Wirtschaftsmacht in Europa. Mit einem Anteil von 25 % an der Bruttowertschöpfung ist Bayerns Industrie ein ganz zentraler Stabilitätsanker in unserem Freistaat. Natürlich hat Corona auch vor der bayerischen Industrie nicht haltgemacht: massive Verwerfungen im internationalen Handel – das wissen wir –, existenzielle Probleme mit Lieferketten, eklatante Probleme bei der Rohstoffversorgung in der Industrie und in der Fertigung, aber auch beim Bau.

Wenn man das Thema noch ein bisschen näher beleuchtet, stellt man fest, es geht um die allseits bekannte Halbleiter-Problematik. Der Maschinenbau und insbesondere die Automobilwirtschaft können ihre Lieferverpflichtungen diesbezüglich nicht mehr einhalten und haben eben deshalb große existenzielle, aber auch wettbewerbsrechtliche Sorgen und Nöte. Deshalb will die EU die Halbleiterproduktion wieder schrittweise nach Europa zurückholen. Mit einem umfangreichen Förderprogramm mit einem Volumen von 43 Milliarden Euro will sie die Abhängigkeit von Asien ein Stück weit reduzieren. Demzufolge soll Europas Anteil am Weltmarkt von derzeit 9 % auf mehr als 20 % erhöht und damit gut verdoppelt werden. Die Nachfrage nach Halbleitern wird sich al-

lerdings insgesamt bis zum Jahr 2030 verdoppeln. Das heißt im Klartext: Daraus folgt, die Produktion in Europa muss sich vervierfachen, um dem gerecht zu werden. Der Chiphersteller Intel will deshalb in Europa investieren. Wir alle in diesem Haus kennen die Diskussion um einen möglichen Standort in Penzing bei Landsberg. Die GRÜNEN stehen dort bekanntlich nicht an vorderster Front der Befürworter, liebe Frau Kollegin Schulze. Eine klimaneutrale Industrie ist aber mit analogen Werkzeugen nicht zu transformieren. Dazu brauchen wir die digitale Reformation, wir brauchen aber auch die Chips.

Die angesprochene Transformation zu einer klimaneutralen Industrie erfordert natürlich auch große finanzielle Anstrengungen und Investments. Bundesweit gehen wir von zusätzlichen Investitionen von gut über 50 Milliarden Euro bis zum Jahr 2030 aus. Da sind wir sehr wohl gespannt, wie die Ampel in Berlin das ohne Steuererhöhungen, aber mit zahlreichen Entlastungen bewerkstelligen will. Hier muss Wirtschaftsminister Habeck beweisen, wie er seine Ankündigungspolitik in Realpolitik umsetzt, liebe Kolleginnen und Kollegen. Das Wohlstandsversprechen, das dieser Aktuellen Stunde zugrunde liegt, steht nämlich im krassen Gegensatz zum Stabilitätsversprechen von Finanzminister Lindner. Er will ab 2023 ohne Neuverschuldung auskommen.

Das betrifft auch uns in Bayern. Wir rechnen mit rund 10 Milliarden Euro, die uns diese Transformation in Bayern kostet. Das heißt, auch die aktuellen Haushaltsberatungen sind betroffen, wenn man die einzelnen Fachbereiche betrachtet, vor allem auch den sozialen Bereich. Da sieht man dann ganz genau, wie Wirklichkeit und Anspruch auseinandergehen und wo tatsächlich noch Möglichkeiten liegen. Wenn die industrielle Produktion, wenn der Wettbewerb nicht funktioniert, dann fließen auch nicht die Steuereinnahmen, die dem Ganzen zugrunde liegen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Bei Ihrer Themensetzung sind Sie im Grunde erst einmal selbst gefordert, nämlich innerhalb der Bundesregierung entsprechende Rahmenleitlinien zu setzen und neue

Förderkonzepte aufzulegen. Die müssen dann auch – das habe ich gerade gesagt – haushaltsrechtlich entsprechend abgesichert werden. Dafür brauchen wir Klimaschutz-Differenzverträge, sogenannte Carbon Contracts for Difference, für die energieintensive Industrie. Wir brauchen entsprechende internationale Rahmenbedingungen, wir brauchen einen europäischen Mindeststrompreis, um wettbewerbsfähig zu sein. Ich erinnere, die SGL, ein Unternehmen aus Schwaben, hat deshalb ihre neue Produktionshalle in die USA verlegt, weil sie dort verlässlich günstige Strombedingungen hat, die wir ihnen nicht bieten können. Wir brauchen eine Mehrwertsteuerabsenkung im Energiebereich. Hier brauchen wir ein europäisches Niveau, um wettbewerbsfähig zu sein. Wir brauchen auch die Kompensation für die CO₂-Bepreisung für die klimaneutrale Technologie. Im sozialen Bereich ist das klar, aber wir brauchen auch für die Industrie Hilfen, um die Wettbewerbsfähigkeit aufrechterhalten zu können.

Wir brauchen auch, und das ist sehr wichtig, den Abbau bürokratischer Hürden und einfachere und schnellere Genehmigungsverfahren. Hier wurde schon oft dargestellt, wie schwierig es allein schon ist, ein Windrad aufzubauen. Hier müssen wir einiges, so denke ich – –

(Unruhe bei den GRÜNEN)

– Ja, Entschuldigung, das gilt für alle, aber die GRÜNEN sind dafür, noch mehr bürokratische Hürden aufzubauen. Das ist doch auch ein Stück weit Ihre Genese.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Die Bayerische Staatsregierung und die sie tragenden Parteien sind auch gerne bereit, diesen Weg zu flankieren und auch unsere bayerischen Betriebe in dieser Transformationsphase zu unterstützen und zu begleiten. Für uns in Bayern stehen viele Handlungsfelder auf der Agenda, um diesen Weg zu beschleunigen. Ich erinnere an moderne Triebwerkstechnologien, an alternative Antriebslösungen, an denen wir arbeiten und – das ist ganz wichtig – an den zukünftigen klimaneutralen Luftverkehr sowie regenerativ erzeugte Kraftstoffe, insbesondere synthetische Kraftstoffe. Hier hat

Staatsminister Aiwanger bereits am 13. November 2020 einen Runden Tisch "Clean-Tech in der Luftfahrt" eingerichtet und eine Arbeitsgruppe, die schon gearbeitet hat.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ab 2026 soll nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz für das Inverkehrbringen von Kerosin zunächst eine 0,5-prozentige und dann, ab 2030, eine 2-prozentige Beimengung von auf erneuerbarem Strom basierendem Kerosin verpflichtend sein. Wir in Bayern schaffen dafür die Voraussetzungen. Ob das andernorts, wo Sie Verantwortung tragen, auch der Fall ist, das möchte ich an dieser Stelle infrage stellen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Bayern plant zurzeit die Errichtung einer Power-to-Liquid-Anlage, genau mit der Maßgabe, synthetisches Kerosin aus erneuerbaren Energien herzustellen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie sehen, Bayern ist in Richtung Klimaneutralität gut aufgestellt und auf dem besten Wege. Wir setzen dabei im Gegensatz zu Ihnen auf Innovation, wir setzen auf wissenschaftsbasierte Technologie, wir setzen auf Wettbewerb. Hier wird der Unterschied klar: Sie setzen auf Reglementierung, auf Sanktionierung und auf Verbote.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, insbesondere die bayerische Automobilindustrie ist der schlagende Beweis dafür. Sie wollen die Verbrennungsmotoren ab 2030 verbieten. Wir setzen lieber auf Innovation und Technologieoffenheit. Wir müssen ganz klar sagen: In Bayern arbeiten rund 208.000 Menschen in dieser Branche, der Automobil- und Nutzfahrzeugindustrie, der Zulieferbranche und in Werkstätten. Das sind rund 1.100 Unternehmen. Diese erwirtschaften 32,3 % der bayerischen Industrieumsätze; sie bilden das Kernstück der bayerischen Wirtschaft.

Zur Sicherung dieser Arbeitsplätze setzen wir auf die Exzellenz und Kompetenz unserer namhaften Forschungsinstitute, Forschungsgruppen und unserer Universitäten.

Wir setzen eben auf Technologieoffenheit. Ein Niedergang dieser Schlüsselindustrie wird massive soziale Verwerfungen mit sich bringen. Ein einseitiger deutscher Verzicht auf Verbrennungsmotoren zu einem zu frühen Zeitpunkt würde erhebliche Wettbewerbsnachteile für uns mit sich bringen, und natürlich würden dann unseren Anbietern Weltmarktanteile verloren gehen. Damit wäre auch Ihr angekündigtes Wohlstandsversprechen gebrochen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir müssen uns auch zum Industriestandort Deutschland bekennen, insbesondere dann, wenn es um die globale Klimateffizienz geht. Das gilt auch vor Ort. Ich will ein paar Beispiele nennen: Wenn es um die Weiterentwicklung und den Fortbestand unserer bayerischen Stahlindustrie geht, sind die GRÜNEN die Einzigen, die dagegenhalten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Sie sind die Einzigen, die dagegenhalten. Dort soll übrigens die einzige Recyclinganlage für Altfahrzeuge hergestellt oder installiert werden. Sie sind dagegen. Ich frage mich schon, wie hier Wahrheit, Wirklichkeit und Anspruch miteinander korrespondieren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zum anderen haben Sie vier Jahre lang als Opposition oft zu Recht die Mobilitätswende bei der Bahn und das Thema der schleppenden Umsetzung der Zufahrtsstrecke zum Brenner-Tunnel, die Magistrale Paris – Budapest, also Augsburg – Ulm, angesprochen.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Abgeordneter, bitte denken Sie an das Ende Ihrer Redezeit.

Johann Häusler (FREIE WÄHLER): Jetzt sind Sie in Berlin in der Verantwortung. Jetzt können Sie beweisen, dass Sie das umsetzen können, dass Sie hier auf dem Weg zur Klimaneutralität einen Anker setzen können und dass Sie –

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit geht zu Ende.

Johann Häusler (FREIE WÄHLER): – Ihr Versprechen in die Tat umsetzen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, in diesem Sinne herzlichen Dank.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Denken Sie noch an Ihre Maske. – Nächster Redner ist der Fraktionsvorsitzende der SPD, Florian von Brunn. Herr von Brunn, Sie haben das Wort.

Florian von Brunn (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! – Herr Häusler, genau das werden wir mit der Fortschrittskoalition machen. – Die bayerische Industrie hat eine Spitzenposition in Deutschland und Europa. Für uns als SPD ist es besonders wichtig, gerechten Klimaschutz und den Erhalt guter Arbeitsplätze zusammenzubringen. Wir wollen eine gute Zukunft und eine lebenswerte Umwelt für unsere Kinder und beste Perspektiven für die Familien in Bayern, die in der Industrie arbeiten und von dieser Arbeit leben. Die Industrie hat enorme Bedeutung für den Wohlstand in Bayern. Ein Viertel aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Bayern ist im verarbeitenden Gewerbe tätig, während dieser Anteil in ganz Deutschland nur ein Fünftel beträgt.

Eine besonders wichtige Rolle spielt dabei die Automobilindustrie. Sie ist mit 16 % der Beschäftigten nach dem Maschinenbau die beschäftigungsstärkste bayerische Industriebranche. Hier arbeiten – Stand Juni 2020 – rund 260.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte. Wir brauchen aus Klimaschutzgründen dringend eine Verkehrswende in Bayern und neue Wege statt immer neue Straßen. Dazu gehört der starke Ausbau des klimafreundlichen öffentlichen Verkehrs. Aber wir als SPD wollen gemeinsam mit den Kolleginnen und Kollegen in unserer bayerischen Automobilindustrie auch, dass das Auto der Zukunft in Bayern über die ganze Lieferkette hinweg fair, klimaneutral und ressourcenschonend hergestellt wird und vollständig recycelbar ist.

(Beifall bei der SPD)

Wir können und werden in Bayern, deutschland- und weltweit die Technologieführerschaft beim Klimaschutzauto der Zukunft übernehmen und damit auch wichtige Arbeitsplätze sicher und gut in die Zukunft bringen, von denen viele Menschen und Familien leben – egal, ob in München, Dingolfing, Regensburg oder Coburg. Aber die Umstellung auf Elektromobilität stellt besondere Anforderungen an die Automobilbeschäftigten in Bayern. Fachliche Anforderungen und Tätigkeitsprofile werden sich verändern. Wir sagen deswegen: Die Qualifizierung der Beschäftigten in der Automobil- und Zulieferindustrie muss ein Schlüsselement der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik der kommenden zehn Jahre in Bayern werden.

(Beifall bei der SPD)

Wir wollen dabei eng mit den Gewerkschaften, der IG Metall und den Betriebsräten zusammenarbeiten. Neben dem starken Ausbau der E-Ladeinfrastruktur und guten Innovationsprogrammen brauchen wir in Bayern eben viel mehr Qualifizierungsförderung und Weiterbildungsangebote. Außerdem – das ist wichtig – wollen wir Fördergeld im Interesse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an Standortgarantien und Qualifizierungszusagen für Beschäftigte binden.

Zehntausende Arbeitsplätze hängen in Bayern aber auch an CO₂-intensiven Industrien wie der Glas-, der Keramik-, der Steinwaren-, der Chemie-, der Metall- und der Papierindustrie. Sie sind für einen Großteil der Treibhausgasemissionen der Industrie verantwortlich. Klimaschutz in diesen Industrien ist deshalb entscheidend für den Erfolg der Klimapolitik in Bayern. Gleichzeitig geht es uns darum, die Arbeitsplätze zu erhalten und den Beschäftigten eine gute Perspektive zu bieten.

(Beifall bei der SPD)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die gute Nachricht: Es gibt Lösungen, um diese Industrien klimaneutral zu machen, zum Beispiel sogenannte CO₂-Differenzverträge, mit denen in der Glas-, Keramik-, der Gips- und Zementherstellung zum Beispiel die Entwicklung und Einführung klimafreundlicher Prozesse vorangetrieben werden kann.

Bayern kann davon nur profitieren, auch weil wir dadurch Wettbewerbsvorteile gewinnen. Wir haben aber mit Blick auf den Klimaschutz auch echte Chancenbranchen in Bayern, wie den Maschinenbau, die Elektrotechnik, die Elektronik, Messtechnik und Optik. Diese Industrien wollen wir durch eine gezielte Innovationsförderung noch viel stärker als bisher voranbringen, und da haben Ihre Programme Defizite.

All das funktioniert aber nicht ohne Energie. Entscheidend für eine gut gelingende Klimaschutztransformation ist die Energiewende und die Versorgung der Wirtschaft mit klimaneutraler Energie. Leider bleiben wir in Bayern unter der Regierung Söder weit hinter den Erfordernissen, vor allem aber hinter unseren Möglichkeiten, zurück. Wir könnten heute allein mit der Windkraft fast die Hälfte unseres derzeitigen Strombedarfs decken, wenn sie nicht von der CSU gebremst und blockiert würde. Diese Blockadepolitik wird übrigens von allen, denen eine gute Zukunft für Bayern wichtig ist und die nicht ideologische Scheuklappen tragen, kritisiert, von der demokratischen Opposition hier im Landtag über die Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft bis hin zur IG Metall und den Umweltverbänden.

(Beifall bei der SPD)

Weil Sie es nicht hinkriegen, packen wir es jetzt in Berlin mit der Fortschrittskoalition an. Wir werden die Energiewende und den Ausbau von Wind- und Sonnenenergie massiv beschleunigen. Wir werden unser Leitungsnetz ausbauen und updaten. Wir werden die Planungsprozesse beschleunigen, die EEG-Umlage abschaffen und für wettbewerbsfähige Strompreise für die Industrie sorgen. Das Ganze machen wir auch noch gerecht und helfen den Menschen bei den Energiepreisen. So geht gute Politik. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nächster Redner ist der Kollege Albert Duin von der FDP-Fraktion. – Herr Duin, Sie haben das Wort.

Albert Duin (FDP): Guten Morgen, Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe GRÜNE, da habt ihr ja mein Lieblingsthema ausgewählt: Wie schaffen wir es, die industrielle Basis zu erhalten, unseren Wohlstand zu sichern und trotzdem die Kurve in der Klimaneutralität zu kriegen? – Meine Rede wird euch aber nicht so sehr gefallen.

Unsere Wirtschaft wird immer stärker durch neue Steuern, neue Auflagen und mehr Bürokratie belastet. Jetzt kommt noch das hinzu, was wir für die Klimaneutralität aufwenden müssen. Die Energiepreise steigen immer weiter. Wir brauchen aber eine Basis für hochwertige Arbeitsplätze, damit die Menschen in Bayern gutes Geld für gute Arbeit verdienen können. Denken wir einmal an Wacker Chemie, wo 10.000 Menschen arbeiten. Dort wird Silicium hergestellt, das für die Platten der Photovoltaik-Anlagen benötigt wird. Wacker hat mit diesen Energiepreisen zu kämpfen, obwohl es jedes Jahr bei der Energieeinsparung Rekorde bricht. Die Preise steigen schneller, als Energie eingespart werden kann. Diese Belastung spürt auch die Glas- und Keramikindustrie in Oberfranken. Wir müssen also die Industrie in Bayern entlasten. Die Stromsteuer muss gesenkt und die EEG-Umlage, wie von unserem Finanzminister Lindner gefordert, ganz gestrichen werden.

Die Unternehmer des industriellen Mittelstandes wollen innovativ sein und an die Herausforderungen programmatisch herangehen. Sie brauchen Freiheit, damit sie Wohlstand erwirtschaften, sich entwickeln und den Leuten Arbeit geben können. Sie werden aber auf allen Ebenen ausgebremst. Wieder ein Beispiel: Wacker Chemie hat im Jahr 1922 das erste große Industriewasserkraftwerk in Deutschland gebaut. Das war eines der größten der Erde. Vor ein paar Jahren musste die Turbine ausgetauscht werden. Wacker wollte aber zugleich auch die Leistung erhöhen. Das wurde jedoch verboten. Es musste wieder die ursprüngliche Turbine hergestellt werden, da es ja um Industriedenkmalschutz geht. Das Gehäuse blieb gleich. – So ein Quatsch! Hier stellen wir uns selbst ein Bein.

Wir haben überall noch großes Potenzial. Wir haben uns in Großweil ein Schachtkraftwerk angeschaut. Das ist eine super Sache. Aber um Gottes Willen, da ist ein blauer Schmetterling!

Wir brauchen eine zuverlässige Energieversorgung. Rechnen wir doch einmal ein bisschen. Das scheint hier überhaupt nicht mehr üblich zu sein. Nehmen wir einmal an, ein Elektroauto braucht 18 Kilowattstunden auf 100 Kilometer. Das ist niedrig gerechnet. Nehmen wir weiter an, dieses Auto fährt 10.000 Kilometer pro Jahr. Auch das ist niedrig gerechnet. Bei 10 Millionen Elektroautos im Bundesgebiet bräuchten wir dann 18 Terawattstunden im Jahr. Da die Leute jedoch an 25 % der Tageszeit laden, benötigen wir in etwa 80 Terawattstunden. Wo soll dieser Strom denn herkommen?

Jetzt reden alle vom Wasserstoff. Ich bin technologieoffen. Ich liebe Wasserstoff. Das ist eine tolle Sache. Hören Sie aber bitte auf, Wasserstoff als eine Energiequelle zu bezeichnen. Wasserstoff ist nur ein Energieträger, der erst einmal erzeugt werden muss. Bei der Rückwandlung in die Verfahrenstechnik hat er nur noch 25 % seines Wirkungsgrades. Wasserstoff ist zwar gut, aber er muss erst einmal vorhanden sein.

Die Wirtschaft braucht zuverlässige Energie. Bis vor Kurzem hatten wir noch 25 % Atomstrom im Netz. Damit konnten wir die bayerische Industrie sicher versorgen. Jetzt schalten wir die CO₂-neutralen Atomkraftwerke gleichzeitig mit den Kohlekraftwerken ab, ohne dass dafür ein gesicherter Ersatz vorhanden ist. Wir brauchen Gaskraftwerke, und zwar dringend. Sonst gehen uns die ganzen Arbeitsplätze verloren. Wo gibt es sichere Energie? – Die Leute verlassen bereits Deutschland. Die Industrie geht ins Ausland.

In der Politik wird sehr viel geredet und beschlossen, ohne dass man sich über die Machbarkeit der Vorgaben Gedanken macht. Wo sollen die Handwerksbetriebe herkommen, die den Wünschen und Anordnungen der Politik Genüge tun? Woher sollen die Handwerker und Fachkräfte kommen? Wer investiert in ein Gaskraftwerk, wenn er

weiß, dass er es in zehn Jahren wieder abschaffen muss? Das sind unsere Baustellen in Bayern.

Die GRÜNEN sind gegen die Erforschung und Entwicklung neuer Kernkraftwerktypen, die womöglich ohne strahlenden Abfall auskommen. Warum? – Ganz einfach: Die Strahlenenergie der alten Kernkraftabfälle ist der Antriebsstoff, den Sie brauchen für die ideologische Haltung, die Sie haben. Das Abschalten der alten AKWs, noch bevor es eine neue Energiequelle gab, war ein großer Fehler. In anderen Ländern scheinen die dortigen GRÜNEN anderer Meinung zu sein. In Finnland, wo die GRÜNEN mitregieren, werden Kernkraftwerke gebaut.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Abgeordneter, denken Sie an das Ende Ihrer Redezeit.

Albert Duin (FDP): Wir brauchen Forschung und Entwicklung. Letzter Satz: Dem Gesinnungsdruck, der von der grünen Seite ausgeübt wird, werde ich mich niemals ergeben. Ich werde immer für Pragmatismus, Forschung und Entwicklung kämpfen. – Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Der nächste Redner ist Herr Kollege Dr. Martin Huber von der CSU-Fraktion. Bitte schön, Herr Dr. Huber.

Dr. Martin Huber (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! "Eine klimaneutrale Industrie sichert Bayerns Wohlstand – Transformation jetzt!", so nennen die GRÜNEN diese Aktuelle Stunde. Mir kommt das vor, wie bei Villarriba und Villabajo: Während die einen noch reden, wird in Bayern längst gehandelt.

(Beifall bei der CSU)

Schauen wir doch einmal nach Oberfranken, auf den Standort Wunsiedel. Dort wird Europas größte Elektrolyse-Anlage mit grünem Strom betrieben. Schauen wir in das

bayerische Chemiedreieck, wo eine Partnerschaft, bestehend aus dem Landkreis, der Stadt Burghausen und den großen Firmen Wacker, OMV, Borealis, Linde, der Technischen Hochschule Rosenheim und der Technischen Universität München entstanden ist, um dort im Rahmen eines Reallabors die klimaneutrale chemische Industrie der Zukunft zu entwickeln. Das sind konkrete Punkte. Hier wird gehandelt anstatt geredet. Bayern steht damit, wie das der Ministerpräsident gesagt hat, für Leberkäse, für Weißwurst und Wasserstoff. Diese konkreten Projekte werden in Bayern umgesetzt.

(Beifall bei der CSU)

Die GRÜNEN haben diesen Titel für die Aktuelle Stunde gewählt. Ich kann Ihnen deshalb nur zurufen: Dann macht es doch einfach! Sie stellen in der Bundesregierung den für den Klimaschutz und die Wirtschaft zuständigen Minister. Machen Sie es doch einfach! Schaffen Sie die EEG-Umlage ab! Senken Sie die Stromsteuer! Führen Sie einen Industriestrompreis ein! Und setzen Sie sich als Bundesregierung auch auf europäischer Ebene dafür ein, dass ein vernünftiger Grenzausgleichsmechanismus kommt, der eben nicht dazu führt, dass unsere exportorientierte bayerische Industrie belastet wird! Sorgen Sie dafür, dass wir eine europäische Wasserstoffinfrastruktur bekommen! Sorgen Sie dafür, dass das Pipeline-Netz ausgebaut und ertüchtigt wird, damit Bayern in der Zukunft sicher und stabil mit Wasserstoff versorgt werden kann, zum Beispiel über die Häfen Triest und Koper, aber auch im Rahmen des Projekts Blue Danube über den Hafen in Kelheim!

Setzen Sie sich bitte auch dafür ein, dass Bayern und Deutschland bei den Projekten, die auf europäischer Ebene aufgelegt werden, berücksichtigt werden! Das sind die Important Projects of Common European Interest. Es kann nicht sein, dass die Bundesregierung sieben Projekte bei der Europäischen Kommission anmeldet, und kein einziges wird berücksichtigt. Es kann nicht sein, dass sich Deutschland als größte Volkswirtschaft Europas mit die ambitioniertesten Klimaziele setzt und von der EU-Kommission nicht entsprechend unterstützt wird. Es ist Ihre Aufgabe in der Bundesregierung, für diese Unterstützung zu sorgen!

(Beifall bei der CSU)

Was erleben wir stattdessen bei Ihren Bemühungen zum Klimaschutz? – Sie stoßen Tausende Familien und Bauwerber mit einer völlig überstürzten Abschaffung der KfW-40-Förderung vor den Kopf. Sie äußern Verständnis für Sitzblockaden, die recht-schaffene Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf ihrem Weg zur Arbeit aufhalten. Sie ernennen eine Greenpeace-Präsidentin zur Staatssekretärin, ohne mit der Wimper zu zucken. Sie setzen die völlig falschen Prioritäten. – Soll ich Ihnen was sagen? – Ich habe einen Verdacht: Ich glaube, Sie haben diesen Titel für die Aktuelle Stunde im Bayerischen Landtag gewählt, um zu kaschieren, dass die bayerischen GRÜNEN auf Bundesebene nichts zu sagen haben. Kein einziger Vertreter der GRÜNEN ist in der Bundesregierung, abgesehen von Claudia Roth, die in einem Interview gesagt hat: Bayerische Interessen werde ich nicht vertreten. – Darüber täuscht auch diese Aktuel-le Stunde im Bayerischen Landtag nicht hinweg.

(Beifall bei der CSU)

Die GRÜNEN tun ja immer so, als ob sie sich für den Artenschutz einsetzen. Ich glau-be, die Art, die Sie am meisten schützen, ist der grüne bayerische Kuschelbär, der in Berlin als Bettvorleger landet. Das kann nicht der Ansatz sein, um Klimapolitik voran-zubringen. In Bayern wird gehandelt, bei den GRÜNEN wird geredet. Daran ändert auch die heutige Aktuelle Stunde nichts.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Der nächste Redner ist der Fraktionsvorsit-zende des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN Ludwig Hartmann.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): Liebes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die aktuelle Strompreisentwicklung belastet unsere bayerischen Unternehmen. 83 % sehen das als die größte Herausforderung und das größte wirtschaftliche Risiko an. Ich sage Ihnen ganz offen: Wir teilen diese Sorgen. Wir müssen bedenken, dass in

einem zukünftig klimaneutralen Wirtschaftssystem der Strom der entscheidende Energieträger sein wird, um die Pariser Klimaziele zu erreichen. Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, deshalb ist es in unser aller Interesse, dass Strom für unsere Industrie bezahlbar, aber auch sauber ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn wir die Pariser Klimaziele erreichen wollen, wozu wir uns alle verpflichtet haben, müssen wir uns von den dreckigen Energiequellen Öl, Kohle und mittelfristig auch Gas verabschieden. Ich habe manchmal den Eindruck, dass die Kolleginnen und Kollegen der CSU schon längst vergessen haben, was sich die Staatengemeinschaft zum Ziel gesetzt hat. Und das heißt natürlich, wir werden mehr Strom benötigen. Man kann es auch anders sagen: Die sozialökologische Transformation unserer heutigen Wirtschaftsweise hin zu einer zukunftsfesten CO₂-neutralen Wirtschaftsform ist untrennbar mit dem Erfolg der Energiewende verbunden. Da muss auch Bayern einen Beitrag leisten, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Grüner Strom wird das Rückgrat eines klimaneutralen Wirtschaftsstandorts sein, nicht nur in Bayern, wahrscheinlich weltweit. Diese Erkenntnis verlangt doch eine strategische Antwort, erst recht, wenn man weiß, dass jeder Schritt weg von den dreckigen fossilen Energieträgern den Strombedarf erhöhen wird, seien es die E-Autos, seien es die Wärmepumpen, die unsere Häuser wärmen, sei es der Stahl, der mit Wasserstoff produziert worden ist, oder sei es – hier schon mehrfach angesprochen – die bayerische Glasindustrie.

Erst gestern hatte ich wieder einen Austausch mit drei großen Glashütten aus Tettau in Oberfranken, gemeinsam mit dem grünen Parlamentarischen Staatssekretär, zum Thema Energiekosten und Glasproduktion. Natürlich ging es um die hohen Gaskosten und um die Stromkosten. Bei diesem Gespräch mit Michael Kellner wurde ganz schnell deutlich: Die Zukunft der Glasindustrie liegt nicht in einer Abhängigkeit von

Erdgas. Die können ihre Schmelzwannen auch mit Strom betreiben. Sie haben einen Weg, CO₂-neutral zu werden und ein Produkt CO₂-neutral zu produzieren und auf den Weltmärkten abzusetzen. Aber die Voraussetzung dafür ist – das wurde bei diesem Gespräch ganz deutlich – eine ausreichende Versorgung mit bezahlbarem, sauberem Strom, eine gute Stromnetzinfrastuktur.

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, aber an beidem mangelt es in Bayern. Sie haben die Stromnetze nicht vorangebracht und die erneuerbaren Energien nicht ausgebaut. Das ist wirklich zum Schämen, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Damit schaden Sie vor allem dem Wirtschaftsstandort Bayern und unseren Unternehmen mit ihren Wünschen, die genau darauf warten. In Tettau haben sich übrigens mehrere Firmen zusammengetan; sie planen einen eigenen Windpark, um grünen Strom selber zu produzieren.

Wir werden in Berlin aufs Gleis setzen, dass selbst gewonnener Strom für die Industrie weiter von Abgaben befreit wird. In den letzten 16 Jahren wurde da massiv gebremst. Wir bekommen dann einen grünen Industriestrom, den Unternehmen selbst produzieren, und diesen wollen wir von Abgaben befreien. Dann bekommen wir nämlich genau den Wettkampf um die besten Ideen im Land; den wollen wir anheizen. Wir haben dann auch einen bezahlbaren und vor allem sauberen Strom. Ich bin davon überzeugt: Wenn man dies gemeinsam anpackt – die Unternehmen investieren auch in Erneuerbare-Energien-Anlagen und werden in diesem Bereich weiter von den Umlagen befreit –, dann erhalten wir einen grünen Industriestrom zu einem günstigen Preis, der Wettbewerbsfähigkeit herstellt; das wollen wir schaffen. Das hilft unseren Unternehmen, und es hilft dem Klimaschutz in diesem Land.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Lasst es uns doch gemeinsam angehen. Sorgen wir als rohstoffarmes Land dafür, dass wir Wind- und Sonnenstrom als bayerischen Rohstoff begreifen, den wir hier für unsere Unternehmen gewinnen können, damit sie am Weltmarkt weiter gut bestehen können.

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, ich komme zum Schluss. Ich weiß, das ist eine gewaltige Herausforderung. Die Redebeiträge der Kollegen aus den Regierungsfractionen haben nicht dazu beigetragen, die Herausforderungen gemeinsam zu meistern; aber genau darauf kommt es an. Ich habe keinen konkreten Vorschlag gehört, bis auf vorübergehend Versenken. Das kann man machen, dazu wird auch noch etwas kommen; wir müssen aber doch langfristig eine Lösung finden. Ich bin felsenfest davon überzeugt: Der Ausbau der erneuerbaren Energie, seien es Wind, Sonne, Biomasse, auch die Wasserkraft, führt zu bezahlbarer Energie in diesem Land, und genau das brauchen unsere Unternehmen.

Heute ist klar: Energiewendepolitik ist gute Industriepolitik, und dafür stehen wir GRÜNEN. – Danke fürs Zuhören.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Nächster Redner ist der Kollege Benjamin Miskowitsch von der CSU-Fraktion.

Benjamin Miskowitsch (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin froh, dass hier vorne "Bayerischer Landtag" steht. Ich habe mich, ehrlich gesagt, nach der Rede von Frau Schulze gefragt, ob ich heute tatsächlich im richtigen Landtagsgebäude bin. So wie Sie über unseren Freistaat und über unsere Unternehmen gesprochen haben, erkenne ich darin nicht den Freistaat, wie ich ihn wahrnehme.

(Zuruf)

– Ja, ja, aber eure Wahrnehmung ist halt ein bisschen verschwommen.

Ich muss sagen: Wir dürfen auch mal über die guten Sachen sprechen. Ich glaube, das ist es, was unsere Unternehmerinnen und Unternehmer während und nach Corona brauchen: dass wir ihnen zur Seite stehen, dass wir mit ihnen zusammen in die Zukunft gehen.

Wenn man Ihren Begriff heute nimmt, ist die Hightech Agenda genau das, was in diesem Bereich benötigt wird. Ich möchte das zusammenfassen; denn anscheinend haben Sie das völlig ignoriert: 3,5 Milliarden Euro werden hier bereitgestellt, 1.000 neue Professuren, 13.000 neue Studienplätze, mehr als 20 Spitzenforschungszentren, 100 KI-Lehrstühle. Das ist doch nicht nichts. Das zeigt nicht das Bild, das Sie heute hier zeichnen wollen. Sie sagen, wir müssen moderner werden, wir brauchen Quantencomputing usw. – Das haben wir doch. Wir haben doch einen Quantencomputer am Max-Planck-Institut. Wir haben in Garching den schnellsten Computer Europas. Das ist doch etwas. Man kann unseren Freistaat doch nicht schlechtreden. Wir sind gut aufgestellt. Ich glaube, das dürfen wir nach außen auch zeigen.

Wir müssen an der Seite unserer Unternehmerinnen und Unternehmer stehen. Deswegen bin ich der festen Überzeugung, dass die Staatsregierung hier schon vor Jahren den richtigen Weg eingeschlagen hat. Von klimaneutraler Industrietransformation zu sprechen, wenn man selber zwei Parteivorsitzende hat, die nicht mal etwas gelernt haben, ist der falsche Weg. Wir sind hier auf der richtigen Linie. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nächste Rednerin ist die Kollegin Barbara Fuchs von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Barbara Fuchs (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleg*innen! Ich bin noch nicht so lange Mitglied des Bayerischen Landtags, aber an Sätze wie "Leute, die noch nicht mal etwas gelernt haben ..." werde ich mich nicht gewöhnen, und ich

will mich auch nicht daran gewöhnen. So eine Respektlosigkeit kann ich überhaupt nicht akzeptieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich blicke jetzt mal in die Welt, aus der ich komme, über die wir aber eigentlich viel zu wenig sprechen. Die bayerische Industrie besteht zu über 97 % aus kleinen und mittelständischen Unternehmen. Wir haben nämlich eine sehr kleinteilige betriebliche Struktur. Gerade diese Unternehmen haben keine eigene Transformationsabteilung; nein, sie müssen ihre Produktion im laufenden Geschäft anpassen und eventuell auch neue Produkte entwickeln. Diese KMUs haben die riesige Aufgabe vor sich, ihre Unternehmen unter extremem Kostendruck und neben der laufenden Produktion zu transformieren und damit zukunftssichere Arbeitsplätze zu schaffen. Gleichzeitig verursacht ihre Spezialisierung auf einige wenige hochtechnologische Produkte eine große Abhängigkeit von ihren Auftraggebern.

Hier sind wir ganz klar beim Thema: Standortpolitik muss unbedingt mit Förderungen verknüpft werden, und Wettbewerbsfähigkeit muss erhalten bleiben. Hier haben wir einfach kein Gleichgewicht, wie wir mit den Konzernen sprechen und wie wir mit den 97 % KMUs sprechen.

Um zu verhindern, dass wertvolles Know-how und regionale Wertschöpfung vor Ort verloren gehen, und um genau diese Standortpolitik für die Mittelständler zu unterstützen, haben wir zum Beispiel einen ökologischen Transformationsfonds für Bayern beantragt; dieser wurde leider abgelehnt. Wir werden das Thema wieder aufrufen; denn in Gesprächen mit Unternehmern hören wir ganz klar, dass der Aufwand zur Wahrnehmung der Förder- und Unterstützungsmöglichkeiten von den kleinen Unternehmen einfach nicht geleistet werden kann. Die Ergebnisse von Forschung und Entwicklung kommen auch nicht bei den KMUs an. So haben wir zwar große innovative Konzerne, aber die Basis darunter, der Mittelstand, bricht uns ein Stück weit langsam weg, wenn

wir nicht darauf achten, dass wir die Wertschöpfung vor Ort erhalten und Standortpolitik betreiben.

(Zuruf des Staatssekretärs Roland Weigert)

– Es gibt aber nicht nur Hochschulen, Herr Weigert. Es gibt auch Ausbildung. Darüber wollte ich jetzt gerade sprechen. Es gibt auch Menschen, die ihren Weg über Aus-, Fort- und Weiterbildung, über Meisterschulen machen. Hier muss auch angepasst werden. Wir dürfen – schon auch, ganz klar – aber eben nicht nur über Akademisierung sprechen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es muss auch Leute geben, die das dann machen und wirklich tun.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn wir uns die Ausbildungsprofile anschauen – wir bilden mit Profilen aus den Jahren 2002 und 2008 aus –, dann wissen wir ganz genau, wo wir hier stehen. Wir wissen auch, dass unsere Lieferketten sehr fragil sind und für die Unternehmen massive Folgen haben. Wir müssen unsere Recyclingquoten konsequent erhöhen und zirkuläre Wertstoffketten schaffen und unterstützen. Hier ist Kreislaufwirtschaft das Stichwort.

Ich kann abschließend nur sagen, dass die Unternehmen schon lange erkannt haben, dass wir eine andere Art des Wirtschaftens brauchen. Was den Unternehmen aber fehlt, ist ein Masterplan, sind die erkennbaren roten Linien, ist der rote Faden, ist die Strategie für Bayern und für unser Land: Wie bauen wir ganz konkret in den Unternehmen um? Was können die Unternehmen tun? Wie werden sie – und zwar ganz, ganz konkret – unterstützt? Machbare Pläne, machbare Visionen, keine Phantasien!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Das Wort für die Staatsregierung hat nun der Staatsminister Hubert Aiwanger. Herr Minister, Sie haben das Wort.

Staatsminister Hubert Aiwanger (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Danke für dieses Thema "Klimaneutrale Industrie und die Transformation der Wirtschaft dorthin". Wie schaffen wir diesen Weg? – Ich glaube, das ist ein sehr wichtiges Thema.

Die GRÜNEN haben dieses Thema aufgerufen, dazu aber nichts gesagt. Bei einem von drei Rednern fiel einmal ganz verstohlen das Wort "Wasserstoff"; die anderen zwei haben es überhaupt nicht erwähnt. Von Frau Schulze hieß das zentrale Wort, dort wo die Milchkannen stehen, sollten keine Wasserstofftankstellen, sondern Anschlussbuchsen fürs Elektroauto sein.

Frau Schulze, wissen Sie, wo heutzutage die Milchkannen stehen? – Leider nicht mehr an jeder Straßenecke wie damals, als wir noch eine breitgefächerte bäuerliche Landwirtschaft hatten. Die Milchkannen stehen, schick oder kitschig bemalt mit ein paar dürren Sonnenblumen darin, mittlerweile in den Steingärten der neureichen GRÜNEN-Wähler.

(Heiterkeit und Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Sie stehen aber nicht mehr draußen an den Bauernhöfen, sondern sie stehen in manchen Vorgärten neben dem Mähroboter.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

So viel dazu.

Ich bin trotzdem der Überzeugung, dass wir in der Fläche viele Wasserstofftankstellen brauchen. Wir bringen sie auf den Weg. Wir haben in Bayern das erste Förderprogramm für Lkw-Wasserstofftankstellen. Ich habe hierzu vor wenigen Wochen vier För-

derbescheide ausgehändigt. In Bayern werden die ersten Lkw-Wasserstofftankstellen noch in diesem Jahr in Betrieb gehen.

Von der Autoindustrie kommen jetzt Signale, dass BMW in diesem Jahr die ersten Wasserstoffautos auf den Weg bringen wird. Von MAN und von Umrüstern wird es die ersten Lkw-Wasserstoffantriebe, brennstoffzellengetriebene Lkws geben.

Wir haben als erstes Bundesland bereits im Jahr 2020 das Thema CleanTech in der Luftfahrt auf den Weg gebracht, als die GRÜNEN das Wasserstoffthema noch völlig ignoriert haben. Sie haben es auch heute wieder ignoriert.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Als ich hier vor einem Jahr von grünem Wasserstoff gesprochen habe, sind Sie an die Decke gegangen und haben gesagt, es sei doch völlig ineffektiv, Wasserstoff zu erzeugen. Man müsse den erneuerbar erzeugten Strom direkt in die Autos vertanken. – Ich gebe Ihnen da insoweit recht, als wir davon nicht viel haben. Sie haben aber offenbar bis heute den Import von grünem Wasserstoff in großem Stil nicht kapiert.

Im Gegensatz dazu will ich Ihren Bundeswirtschaftsminister an dieser Stelle ausdrücklich in Schutz nehmen. Ich habe mit ihm dazu gesprochen. Er weiß, dass wir die fossilen Energieträger, die Erdgas- und Ölimporte im großen Stil, nur dann, ohne Deutschland zu deindustrialisieren, ersetzen werden können, wenn wir auf grünen Wasserstoff setzen. Dazu brauchen wir die Pipelines. Dazu brauchen wir bei allen politischen Verwerfungen jetzt mit Russland am Ende auch Nord Stream 2.

(Zuruf: Oje!)

Ich bitte Sie darum, diese Chance nicht ideologisch zu vergeigen. Nord Stream 2 kann die Wasserstoffnabelschnur Deutschlands werden.

(Unruhe)

Die ist H2-ready.

Wenn Sie Atom nicht wollen, wenn Sie Kohle nicht wollen, wenn Sie Öl, wenn Sie Gas nicht wollen, sage ich Ihnen: Die heimische PV- und Windkraft wird nicht reichen. Wir werden Wasserstoff über diverse Leitungen und auch über andere Möglichkeiten, über Tankschiffe in Form von Ammoniak usw., importieren müssen. Wir müssen bei diesem Thema, an dieser Stelle am großen Rad drehen. Ich wiederhole den zentralen Satz meiner Rede: Wenn wir dekarbonisieren wollen, ohne zu deindustrialisieren, dann kommen wir um den Import von grünem Wasserstoff in großem Ausmaß nicht herum. Sonst ist Deutschland platt!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Es freut mich, dass wir über alle Parteigrenzen hinweg mit den Unternehmen reden. Wenn Sie mit den Unternehmen reden, dann sagen diese Ihnen heute mittlerweile, dass in den Betrieben momentan nicht mehr die Auswirkungen von Corona, sondern die hohen Energiepreise das größere Problem sind. Bei den Privatkunden machen Steuern und Abgaben rund 50 % des Strompreises aus; dann kommen noch die hohen Netzentgelte dazu. Weiterhin fehlt der Industriestrompreis von etwa 4 Cent pro Kilowattstunde; wir brauchen diesen Preis. Ihr Ansatz, erneuerbaren Strom selber zu erzeugen, ist da mit Sicherheit eine interessante Idee. Das wird aber nicht reichen. Für die großen Verbraucher brauchen wir weiterhin einen günstigen, wettbewerbsfähigen Strompreis.

Wir brauchen auch – besser gestern als heute – CO₂-Differenzverträge, damit Investitionsentscheidungen einfach wieder hier getroffen werden. Ich sage Ihnen auch vorneweg: Wir in Bayern haben, soweit wir das als Landespolitik tun können, auch hier unsere Hausaufgaben gemacht. Die CO₂-Differenzverträge sind natürlich Bundespolitik. Wir haben aber im Bereich Wasserstoff mit großen finanziellen Mitteln, die in die Hunderte Millionen gehen – ich danke hier dem Koalitionspartner –, sechs IPCEI, also besonders wichtige Projekte von gemeinsamem europäischen Interesse, auf den Weg gebracht.

Das erste dieser Projekte ist bei Bosch in Bamberg; hier gibt es einen vorzeitigen Maßnahmenbeginn. Meine Damen und Herren, das erste deutsche IPCEI ist in Bayern, ist in Oberfranken.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Wir haben fünf IPCEI im Bereich der Batterietechnik. Bei diesen Dingen werden Sie in den nächsten Monaten und Jahren bitte nachlegen müssen. Unsere bayerischen Unternehmerinnen und Unternehmen wollen natürlich in diese Richtung weitergehen. Das sind jetzt Leuchtturmprojekte, es soll aber nicht bei diesen sechs Wasserstoff- und fünf Batterieprojekten bleiben. Wir brauchen da weitere Projekte und brauchen weiter Bundesgeld. Das Bundesgeld wird aus Bayern mit 30 % kofinanziert. Das ist ordentlich Geld. Ich wiederhole: Wir stecken mehrere Hundert Millionen Euro aus dem Landeshaushalt in diese Zukunftstechniken.

Dann sind wir morgen vorne mit dabei und müssen nicht – so ist es momentan – dabei zuschauen, wie unsere in Bayern entwickelten und mit staatlichem Fördergeld unterstützten Brennstoffzellen in chinesische Lkws eingebaut werden. Das ist momentan der Fall. Wir müssen hier wirklich in die bayerischen Arbeitsplätze, in die bayerische Industrie und in die bayerische Wirtschaft rein!

Machen Sie auch hier den Weg frei! Machen Sie sich über bayerische Wasserstoff-tankstellen nicht lustig, sondern fördern Sie diese, damit die bayerischen Spediteure künftig mit Wasserstoff-Lkws vielleicht sogar das Nachtfahrverbot in Österreich durchbrechen können! Nachts dürften elektrobetriebene Lkws ja durch Österreich fahren. Ein batteriebetriebener Lkw schafft es aber nicht durch Österreich; also braucht er eine Brennstoffzelle. Wir brauchen also Tankstellen. Wir brauchen also den Wasserstoff. Wenn wir ihn hier nicht haben, dann müssen wir ihn importieren. Wir müssen ihn aber auch hier erzeugen. Gehen Sie endlich den Weg des grünen Wasserstoffs mit! Unterstützen Sie uns dabei, und diskreditieren Sie diese Chance nicht ideologisch.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Ja, wir brauchen deutlich mehr erneuerbar erzeugten Strom in Bayern. Dies beginnt damit, dass wir das Potenzial der bäuerlichen Biogasanlagen erhalten. Ich bitte Sie, die Rahmenbedingungen auf Bundesebene jetzt so abzustecken, dass die Bauern ihre Biogasanlagen nicht dichtmachen müssen. Die ersten sind schon dabei, auch auf Wasserstoffproduktion umzustellen. Dann kann vielleicht doch dort eine Wasserstoff-tankstelle entstehen, wo früher die Milchkanne stand. Wir sind auf alle Fälle dabei, die erneuerbaren Energien gezielt weiter auszubauen. Im Bereich des PV-Stroms sind wir in Bayern deutschlandweit führend. 50 % des PV-Zubaus geschehen über weite Strecken hinweg in Bayern. 50 % der Ausschreibungen haben unsere Freiflächenanlagen in Bayern gewonnen. Wir müssen jetzt auch noch im Bereich der Windkraft nachlegen und hier ordentliche, greifbare Ausnahmetatbestände von der 10-H-Regel erarbeiten und kurzfristig auf den Weg bringen. Ich bitte die GRÜNEN, uns auch zu unterstützen, wenn Standorte in den Wäldern wie jetzt im Landkreis München im Forstenrieder Park usw. diskutiert werden, damit dann nicht wieder Ihre Artenschützer vor Ort dagegen klagen. Windräder im Wald sind besser als keine Windräder. Dort sind oftmals die besseren Standorte. Wir brauchen die Ausnahmetatbestände in den Windvorranggebieten der Regionalen Planungsverbände.

Wir packen also an. Wir brauchen Windkraft, PV und alle erneuerbaren Energien. Wir brauchen eine richtige Entwicklung für die Transformation der bayerischen Wirtschaft. Hier wird der grüne Wasserstoff eine sehr zentrale Rolle spielen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Die Aktuelle Stunde ist beendet.